

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei N. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag** in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzverdrängung 40 Pf. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen 10gep. Kolonelle mit 50 Pf. Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inlerate v. ausw. die 10gep. Kolonelle 40 Pf. bei Platzverdrängung 50 Pf., Reklameseite 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Woher kommen die 41 Millionen?

Die Geßlerei unter Gröner

Die Militaristen in der deutschen Republik glaubten den Widerstand gegen den Panzerkreuzer dadurch brechen zu können, daß sie plötzlich mit der Erklärung herausrückten, für die erste Rate des Panzerkreuzers brauchten neue Mittel nicht in Anspruch genommen zu werden, sondern es sei möglich, die 9,3 Millionen Mark aus Ersparnissen im Wehretat zu bestreiten. Die knapp 10 Millionen Mark waren mit einem Male da, obwohl bei den Beratungen des Wehretats gegen die von den Sozialdemokraten gestellten Streichungsanträge immer von dem Wehraminister und seinen Vertretern behauptet worden war, es ließe sich an den einzelnen Etatspositionen kein Pfennig mehr einsparen. Diese Erklärung hat zwar kein vernünftiger Mensch geglaubt, aber sie genügt doch, um in dem nachgiebigen Parlament die Forderungen der Militaristen durchzusetzen.

Daß Herr Gröner jetzt plötzlich diese Summe zur Verfügung hat, braucht eigentlich niemand zu wundern, denn aus seinem Reiche sind schon so viele Millionen hinausgeschossen, obwohl sie von niemandem bewilligt worden waren und von ihrem Vorhandensein in Geheimfonds das Parlament keine Ahnung hatte. Da wird ein tüchtiger republikanischer Wehraminister nicht verlegen sein, wenn es sich um den Bau eines Panzerkreuzers handelt. Den übrigen Ministern aber gab er eine gute Gelegenheit zum Umfall; rechtfertigten sie doch ihre Zustimmung zum Bau so:

Zu diesem Beschluß ist die Reichsregierung gelangt, nachdem festgestellt wurde, daß die durch den Bau des Panzerkreuzers entstehenden Mehrausgaben in den folgenden Jahren durch entsprechende Ersparnisse bei sonstigen Ersparbauten wieder eingebraucht werden.

Auf diese Erklärung geht in einem Artikel der Genosse Feschenbach näher ein und stellt folgendes fest:

Diese Erklärung geht zweifellos auf das Wehraministerium zurück. Nun ist bekannt, daß an Ersparbauten außer den Panzerkreuzern, um die der Streit entbrannt ist, nach dem Verfall der Vertrag nur noch ein kleiner Kreuzer und 11 kleine Torpedoboote als Ersparbauten in Frage kommen. Dazu hat aber die Marineleitung schon im Vorjahr erklärt, daß sie darauf verzichte, weil sie für den kleinen Kreuzer keine Beschaffung habe, und die kleinen Torpedoboote (200 Tonnen) militärisch wertlos seien.

Dafür wurden gar keine Mittel bewilligt, und die Marineleitung kann also auch aus diesen Ersparbauten, auf die sie selbst verzichtet hat, keine Ersparnisse machen.

Aus welchen Ersparnissen aus Ersparbauten sollen also die Mittel für den Panzerkreuzer A genommen werden?

Inzwischen ist nun eine neue Lesart durch die Presse gegangen. Danach hat Reichswehraminister Gröner in der Kabinettsitzung vom 10. August für den Panzerkreuzer aus den Etats der letzten Jahre einen Rest im Betrage von 41 Millionen Mark zur Verfügung gestellt und erklärt, daß für den Panzerkreuzerbau neue Etatsmittel nicht angefordert würden.

Mit diesen 41 Millionen hat es aber eine besondere Bewandnis. Auf Grund der Beschlüsse, die der Untersuchungsausschuß des Haushaltsausschusses im März 1928 über Etatsfragen im allgemeinen und gegen die Restwirtschaft im besonderen gefaßt hat, unterzog der damalige Reichsfinanzminister Dr. Köhler alle Ausgabenreste einer genauen Nachprüfung daraufhin, ob sie zur Erfüllung der ihnen ausgedachten Zweckbestimmung im Rechnungsjahr 1928 unbedingt benötigt werden. Diese Prüfung hatte damals zu dem Ergebnis geführt, daß neben einer größeren Zahl von Absehnungen bei den einzelnen Ressorts auch 41 Millionen Mark bei den Resten des Heeres und der Marine als vorläufig entbehrlich abgesetzt werden konnten. Das war eine glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Etatpolitik.

Die 41 Millionen Resten aus dem Wehretat wurden dem Finanzministerium zur Verfügung gestellt und haben inzwischen längst zur Ausbalancierung des Etats Verwendung gefunden!

Das Wehraministerium kann also nicht jetzt 41 Millionen für den Panzerkreuzer zur Verfügung stellen, die es bereits im Frühjahr dieses Jahres aus der Hand gegeben hat. Herr Gröner wird sich ja wohl noch der Differenzen erinnern, die es wegen dieser 41 Millionen mit dem damaligen Finanzminister Dr. Köhler gegeben hat. Wenn man jetzt den Gläubigen erwidern will, als sei die Entdeckung der 41 Millionen Resten aus dem Wehretat eine ganz neue Sache, so zeigt das nur, daß

der Geßler-Geist im Wehraministerium noch lustig weiter blüht.

Bekanntlich wurde im Haushaltsgesetz für 1928 eine Bestimmung eingefügt, die dem Reichsfinanzminister weitgehende Rechte über die Herausgabe noch ungenutzter geldgeberischer Ausgabenreste einräumt. Von diesem Recht hat Reichsfinanzminister Dr. Köhler im Frühjahr Gebrauch gemacht, als er die 41 Millionen Ausgabenreste aus dem Wehretat als entbehrlich abgesetzt hat.

Jetzt operiert der Wehraminister noch einmal mit diesen 41 Millionen, über die er gar nicht mehr verfügt. Das heißt nichts anderes, als der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen.

Zuerst will man den Panzerkreuzer aus Ersparnissen bei anderen Ersparbauten der Marineverwaltung bezahlen. Die Öffentlichkeit stellt fest, daß es gar keine anderen Ersparbauten gibt und wird dann mit dem merkwürdigen Zauberkunststückchen überfallen, das man mit den 41 Millionen Ausgabenreste inszeniert hat.

Für die Öffentlichkeit und für den Reichstag erhebt sich die Frage: Aus welchen Mitteln kommen die 41 Millionen, die Herr Gröner für den Bau des Panzerkreuzers zur Verfügung gestellt hat?

Vor der Unterzeichnung der Lüge

Der amerikanische Staatssekretär Kellogg ist gestern in Paris eingetroffen. Heute und morgen werden die Vertreter der übrigen dreizehn Mächte ankommen, von denen der Antikriegs- und Verzichtspakt zuerst unterzeichnet wird. Die französische Regierung hat sich wochenlang sehr intensiv damit beschäftigt, wie diese Unterzeichnung recht feierlich gestaltet werden kann. Nun werden am Montag die Namen unter den Pakt geschrieben werden. Damit die Menschheit, die es sonst nicht wissen würde, doch weiß, was für ein hochbeglückender Akt da vollzogen wird, werden inmitten großer Feierlichkeiten von den Staatsmännern große Reden gehalten werden. Reden, in denen dieser Pakt als ein ungeheurer Fortschritt bezeichnet und in denen der Welt vorgegaukelt werden wird, daß zur Verwirklichung des Völkerfriedens nun nichts, aber auch gar nichts mehr fehlt. Die Notwendigkeit der Feierlichkeiten ist ausdrücklich damit betont worden, daß ohne sie sonst der Pakt in seiner ganzen Bedeutung gar nicht richtig ersoft werden würde. In Wirklichkeit wurden sie organisiert und werden die Reden gehalten, um die trostlose Armseligkeit und Wertlosigkeit des Paktes zu verhüllen.

Als Kellogg die Völker zum ersten Male mit diesem Pakt beglückte, ging die Begeisterung über ihn bis weit hinein in die pazifistischen, demokratischen und selbst sozialdemokratischen Kreise. Daß das mächtigste Land der Welt in einem offenen Vertrag den Krieg ähnen und die anderen Mächte verpflichten wollte, auf ihn als ein Mittel der Politik zu verzichten, das entzückte sie so, daß sie meinten, damit wäre der Frieden selber so gut wie schon gesichert. Die kritischen Stimmen, die den Vertrag sofort in seiner richtigen Bedeutung erkannten, waren selten. Die Verhandlungen, die nach der Veröffentlichung des Paktentwurfs geführt wurden, haben die Situation völlig geändert. Auch die, die sich ohne Einschränkung für die Botschaft aus Washington erklärten, mußten aus den geführten Diskussionen erkennen, daß hier nicht der ehrliche und objektive Wille zum Ausdruck kam, sondern daß sich hinter ihm ganz reale machtpolitische Interessen verbargen. Das galt für die Regierung in Washington ebenso wie für alle die anderen, die Teilhaber an diesem Vertrag werden sollen. Und die Regierung, die die Interessen der herrschenden Schicht ihres Landes nicht genügend berücksichtigt sah, versuchte sie in genau formulierten Vorbehalten noch nachträglich durchzusetzen. Von Washington angefangen, gab es kaum eine der fünfzehn Regierungen, die vorbehaltlos und ohne der herrschenden Auslegung „wie ich es auffasse“ sich zur Unterschrift unter den Kelloggspakt bereit erklärte. Jede hatte ihre Vorbehalte. Jetzt, nachdem sie alle anerkannt sind, wird der Vertrag, wenn er unterschrieben und in Kraft getreten ist, an den bisherigen Zuständen nichts ändern. Die Imperialisten und Militaristen aller Vertragsmächte haben wie vorher alle Freiheit, zur Anwendung von Gewaltmitteln gegen ein andres Land zu greifen, wenn es die „Wohlfahrt ihres eigenen Landes“ erfordert. Wann dieser Fall gegeben ist, darüber entscheidet die Regierung, die den Angriff führen will.

So ist es wirklich keine zu pessimistische Beurteilung, wenn man ausspricht, daß der Pakt völlig wertlos und als ein Mittel in dem Kampf um die Sicherung des Friedens ganz ungeeignet ist. Daß die Achtung und der Verzicht auf den Krieg ausgesprochen wird, macht ihn für die Arbeiterklasse nur noch gefährlicher. Denn in jedem Volke leben noch genug Menschen, die die Heuchelei der Bourgeoisie nicht erkennen und leere Phrasen für ehrliche Bekenntnisse und Willensäußerungen halten. Auch nach der Unterzeichnung durch die 15 Mächte bleibt der sozialistischen Arbeiterschaft immer noch die Aufgabe vorbehalten, durch ihren Kampf gegen diese Regierungen und gegen die herrschende Klasse der Bourgeoisie überhaupt die Voraussetzungen für die Sicherung des Friedens der Welt zu schaffen.

Niemand anders als die gleichen Regierungen, die jetzt in Paris vertreten sind, haben der Sozialdemokratie eben erst das dringliche dieser Verpflichtung vor Augen geführt. Trotz des Kelloggspaktes und trotz der ihn begleitenden Friedensbeteuerungen sind sie zu neuen starken Rüstungen entschlossen. Das Welttrüben zur See ist in vollem Gange und scheint durch das englisch-französische Marineabkommen neuen Antriebs zu erhalten. Noch weiß niemand recht, was im einzelnen in diesem Abkommen steht, denn obwohl keine Bekanntmachung schon einmal angeündigt wurde, ist sie bisher doch unterblieben. Die englische und französische Regierung, die darüber Aufklärung geben könnten, hüllen sich in Schweigen. Das Blatt der englischen Arbeiterpartei, der Daily Herald, hat vor einigen Tagen an den Stellvertreter des britischen Außenministers ganz konkrete Fragen über den Inhalt des Abkommens gestellt. Auch diese Fragen sind bisher weder beantwortet, noch ist der in ihnen ange deutete Inhalt des Abkommens dementiert worden. Es scheint sich demnach die Vermutung zu bestätigen, daß es sich

Deutschlands Genf-Delegation

Amlich wird gemeldet:

Das Reichskabinett hat sich am Freitag dahin entschieden, daß für den durch seinen Gesundheitszustand bedauerlicherweise noch behinderten Reichsminister des Auswärtigen Amtes der Reichskanzler selbst die Führung der Deutschen Delegation für die diesjährige Völkerbundsversammlung in Genf übernehmen wird. Der Reichskanzler beabsichtigt zur Eröffnung der Bundesversammlung, die am 3. September stattfindet, in Genf einzutreffen. Die Dauer seines dortigen Aufenthaltes wird von dem Verlauf der Tagung abhängen.

Der deutschen Delegation gehören außer dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Schubert u. a. noch an die Abgeordneten Dr. Breitscheid (Soz.), Haas (Ztr.), Rheinbaben (Vpt.) und Dernburg (Dem.). Der deutschnationale Abgeordnete von Lindener-Wildau hat eine Beteiligung an der Delegation auf Wunsch der deutschnationalen Parteileitung abgelehnt.

Als Sachverständiger für Sicherheitsfragen reist der deutsche Vertreter in der Sicherheitskommission des Völkerbundes von Simson mit nach Genf. Graf Bernstorff gehört der Delegation als Sachverständiger für Abrüstungsfragen an.

Alle Mächte sollen unterzeichnen

WTB London, 24. August.

Der Sonderkorrespondent der Times an Bord des Dampfers Isle de France meldet, er könne zuverlässig mitteilen, daß Kellogg keine Zustimmung dazu gegeben habe, daß der Vertrag an dem Tage nach der Pariser Zeremonie für alle anderen Mächte zur Unterzeichnung offen stehen soll, und daß die amerikanischen Botschafter oder Gesandten dem Wortlaut des Vertrages der Regierung des Landes, bei dem sie beglaubigt sind, übergeben, ihnen offizielle Mitteilung von der Unterzeichnung durch 15 Mächte machen und sie einladen werden, dem Vertrag beizutreten. Die

43 Länder, mit denen die Vereinigten Staaten offizielle diplomatische Beziehungen haben, werden eingeladen werden. Auch Sowjetrußland werde eingeladen werden, aber, um jeden Anschein einer offiziellen Anerkennung des Sowjetregimes zu vermeiden, hätten die Vereinigten Staaten den Ausweg gewählt, Frankreich zu gestatten, die Einladung auf Sowjetrußland auszuweiten. Ebenso werde China eingeladen werden, trotzdem es von den Vereinigten Staaten nur de facto anerkannt ist.

Washington bestätigt

WTB New York, 24. August.

Nach Meldungen aus Washington wird dort amtlich bestätigt, daß unmittelbar nach der Unterzeichnung des Kelloggspaktes in Paris Einladungen an sämtliche übrigen Nationen zur Pakunterzeichnung ergehen werden.

Kellogg in Paris

SPD Paris, 25. August.

Der amerikanische Staatssekretär Kellogg hatte am Freitag nachmittag eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister. Von beiden Seiten wird über den Verlauf der Unterredung strengstes Stillschweigen bewahrt.

Amerikanisches Flottenmemorandum

WTB Washington, 24. August.

Die Zeitschrift Foreign Affairs will erfahren haben, daß Kellogg ein von Präsident Coolidge und dem Chef des Admiralsstabs, Hughes, ausgearbeitetes Memorandum mit auf die Reise gegeben worden sei, in dem Amerikas Mindestforderungen hinsichtlich der Frage der Flottenstärke enthalten sein sollen. Kellogg habe Auftrag, dieses Memorandum der englischen und französischen Regierung zu unterbreiten.

Aus Landau wird gemeldet: Volkszeitungskommissar Bauer wurde gestern früh um 8 1/2 Uhr aus der Haft entlassen. Er begibt sich von hier nach Mannheim.